

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

27.08.2018

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Montag, 27. August 2018, im Senatssaal des Rathauses

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:25 Uhr

Anwesenheit

Herr André Bleckmann

Frau Bettina Bruns

Herr Jan Evers

Frau Yvonne Görs

Herr Heiko Jaap

Herr Dr. Andreas Kerath

Herr Markus Kolbe

Herr Jörg König

Herr Patrick Leithold in Vertretung von Herrn Alexander Krüger

Herr Thomas Mundt

Herr Walter Noack

Frau Carola Rex in Vertretung von Herrn Dr. Sascha Ott

Frau Birgit Socher

Frau Brigitte Witt

Entschuldigt

Herr Dr. Rainer Steffens

Verwaltung

Herr Dr. Stefan Fassbinder

Frau Jeannette von Busse

Frau Katrin Teetz

Frau Franziska Willert

Frau Dr. Agnes Oestreich

Frau Petra Demuth

Frau Anna Delatowski

Herr Dr. Volker Pesch

Herr Fred Wixforth

Frau Beate Schinkel

Herr Gero Maas

Frau Heike Domin

Frau Nadine Hoffmann

Herr Achim Lerm

Gäste

Frau Degrassi - Ostseezeitung

Herr Dr. Boemer - UTB

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 04.06.2018
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Samuil Marschak“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 6.2. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2018
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 6.3. Jahresabschluss 2017 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Eigenbetrieb Abwasserwerk Greifswald
- 6.4. Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif
Dez. I, Eigenbetrieb Seesportzentrum Greif
- 6.5. Geschäftsordnung für den Fachbeirat der SoPHi Greifswald GmbH (SoPHi)
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.6. Beschluss zum Ausbau des Trelleborger Weges sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 6.7. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 6.8. Beschluss zum Ausbau der Stettiner Straße sowie zur Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60

- 6.9. Fahrplandaten der Verkehrsbetriebe im GTFS-Format veröffentlichen
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
- 6.10. „Unser Museumshafen bleibt grün“ Umsetzungsbeschluss des BürgerInnenentscheids vom 27. Mai 2018
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4, SPD-Fraktion
- 6.11. Erhöhung der finanziellen Unterstützung für das Frauenhaus ab 2019
SPD-Fraktion
- 6.12. Verbilligungsrichtlinie
SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE
- 6.13. Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 41
- 6.14. Hafengebührensatzung 2019/2020/2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 66
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 13 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Tischvorlage „Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020“ soll vom nicht öffentlichen in den öffentlichen Teil verschoben werden.

Die Dringlichkeit begründet Frau Demuth mit dem zum Januar 2019 noch nicht vorliegenden bestätigten Haushalt (vorläufige Haushaltsführung) und dem Bedarf der dringend benötigten Stellen. Herr Maas führt Ergänzungen zur vorzeitigen Entfristung der in der Vorlage genannten Stellen aus.

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

Die Tischvorlage wird somit unter TOP 6.15 eingeordnet.

Eine weitere Tischvorlage soll von der SPD-Fraktion zur „Kreisumlage“ auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Durch Kenntnisnahme der Erarbeitung eines Nachtragshaushaltes der Kreisverwaltung ist es dringlich, vor deren Gremienlauf die Position der Greifswalder Bürgerschaft einzuholen, so Herr Dr. Kerath.

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 04.06.2018

Frau Sochers Aussage auf Seite 6 der Niederschrift zum Punkt 6.8 wird ergänzt:

„Frau Socher erklärt, dass *das Geld für die Strandaufspülung* momentan im Haushalt nicht darstellbar ist ...“

Die Änderung wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Über die geänderte Niederschrift wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau Dornquast, Anwohnerin und Grundstückseigentümerin in der Stettiner Straße, erläutert den Werdegang, warum die Eigentümergemeinschaft sich gegen die Erhebung von Beiträgen zum Ausbau des Trelleborger Weges ausspricht. Im September 2016 wurde das Projekt des Umbaus des Gehwegs in einer Ortsteilvertreterversammlung vorgestellt, die Frage der Anwohner zur Kostenbeteiligung seitens der Verwaltung verneint. In dem damaligen Gremienlauf wurde in einer Informationsvorlage festgelegt, dass die Finanzierung durch Förder- und Haushaltsgelder abgesichert ist. Einen Monat nach

Beginn der Baumaßnahme im Jahre 2017 haben die Anwohner den Bescheid zur Aufforderung der Straßenbeteiligung seitens der Stadt erhalten. Die gültige Straßenausbaubeitragssatzung regelt im § 2 die Beteiligungspflicht; hier steht, dass vor Maßnahmebeginn rechtzeitig zu informieren ist – das hat die Stadtverwaltung versäumt. Die Anwohner wurden in keiner Weise informiert und bekamen nach Baubeginn den Bescheid, zu zahlen. Frau Dornquast erläutert, dass die Grundstücke der Eigentümer der Stettiner Straße 27 – 36 im Übrigen ausschließlich über die Stettiner Straße erschlossen sind und nur über diese Straße ihre Grundstücke erreichen.

Herr Mundt schlägt vor, die Diskussion hierzu über den entsprechenden Tagesordnungspunkt abzuhandeln.

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Samuil Marschak“

06/1506 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
(Herr König ist der Sitzung beigetreten)

TOP 6.2. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2018

06/1527 Die Nachfrage von Herrn Evers, ob die umfangreichen Werterhaltungen Auswirkungen auf die Platzkosten haben, wird von Herrn Lerm erläutert und verneint.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme

TOP 6.3. Jahresabschluss 2017 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1507 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.4. Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif

06/1517 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.5. Geschäftsordnung für den Fachbeirat der SoPHi Greifswald GmbH (SoPHi)

06/1515 Herr Noack hinterfragt die Notwendigkeit eines Fachbeirates.

Frau Teetz erklärt, dass die Besetzung des Fachbeirates mit fachlich kompetenten Vertretern bestimmter Interessengruppen, Institutionen oder anderer Unternehmen erfolgen soll, um so externen Sachverstand und zusätzliches Wissen in das Unternehmen zu bringen. Eine gesetzliche Normierung und paritätische Besetzung nach KV M-V wird es nicht geben.

Herr Evers erinnert an die Zusage von Herrn Adomeit bei Gründung der SoPHi zur tarifvertraglichen Bezahlung der Angestellten. Das Beteiligungsmanagement hatte Anfang 2018 mitgeteilt, dass eine Entlohnung der Angestellten nach Tarifvertrag TVöD-B, Anlage E, erfolgen wird. Da es diesen Tarifvertrag seit dem 01.01.2017 nicht mehr gibt, möchte Herr Evers wissen, welcher Tarifvertrag Anwendung findet.

Frau Teetz sagt eine Antwort zum Protokoll zu.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.6. Beschluss zum Ausbau des Trelleborger Weges sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung

06/1512 Frau von Busse erklärt, dass die Planungen zum Ausbau des Trelleborger Weges und die letzte Änderung der Straßenbaubeitragssatzung parallel liefen. Die Regelung der Anwohnerbefragung kam hinzu, als die Planung für die Baumaßnahme schon weit fortgeschritten war. So konnte die Befragung der Anlieger nicht mehr durchgeführt und der bereits fortgeschrittene Planungsstand nicht mehr angehalten werden.

Zum Umstand, warum Anlieger der Stettiner Straße für den Trelleborger Weg zur Zahlung herangezogen werden sollen, erklärt Frau von Busse, dass die Grundstücke dieser Anlieger rückwertig an den Trelleborger Weg angrenzen; dies reicht aus, um beitragspflichtig zu werden. Die Zufahrt zu den Reihenhäusern über die Stichstraße Stettiner Straße ist eine Privatstraße.

Auf Nachfrage erklärt Frau Delatowski, warum der Trelleborger Weg nicht als Sammelstraße, sondern als Anliegerstraße deklariert wurde.

Da die betroffenen Grundstückseigentümer auch den Bürgerbeauftragten des Landes in dieser Sache bemüht haben und von der Verwaltung offensichtlich Fehler eingeräumt werden, regt Frau Bruns an, einen Kompromiss zu finden.

Frau von Busse sieht derzeit keinen Spielraum, freiwillig auf Beitragsgelder zu verzichten, auch möchte sie den Ausgang des laufenden Prozesses mit dem Bürgerbeauftragten abwarten. Das Innenministerium hat auf Nachfrage die Handlungsweise der UHGW bestätigt.

Nach Diskussion unterbreitet Frau Görs den Vorschlag, die Beschlussvorlage in die Verwaltung zurückzuverweisen und mittels Meditation eine verträgliche und akzeptable Lösung, möglichst bis zur Bürgerschaftssitzung, herbeizuführen.

Über diesen Vorschlag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
5 Stimmenthaltungen

Über die Vorlage wird nicht abgestimmt.

TOP 6.7. Beschluss zum Ausbau des Knotenpunktes Ernst-Thälmann-Ring/Makarenkostraße sowie zur Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung

06/1513 Die Frage von Frau Bruns, ob ein Knotenpunkt günstiger als ein Kreisverkehr ist, wird von Herrn Wixforth für den Bauausschuss aufbereitet.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 6.8. Beschluss zum Ausbau der Stettiner Straße sowie zur Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme nach der Straßenbaubeitragssatzung

06/1514 Frau Delatowski erklärt auf Nachfrage, warum das Eckgrundstück Trelleborger Weg/Stettiner Straße in die Kalkulation nicht einbezogen wurde (es handelt sich hier um eine Erschließungsanlage – eine Erschließungsanlage kann keine andere Erschließungsanlage erschließen).

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
7 Stimmenthaltungen

TOP 6.9. Fahrplandaten der Verkehrsbetriebe im GTFS-Format veröffentlichen

06/1501 Herr König führt in die Vorlage ein. Mit der digitalen Veröffentlichung von Fahrplaninformationen im GTFS-Format soll den Gästen und Bürgern der Stadt die Suche nach öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtert werden. Da eine diesbezügliche Anfrage zur Umstellung der Daten ins GTFS-Format seitens der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH unbefriedigend beantwortet wurde, wird der Oberbürgermeister in seiner Funktion als Gesellschafter der Stadtwerke Greifswald beauftragt, auf eine digitale Veröffentlichung im

GTFS-Format hinzuwirken.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 6.10. „Unser Museumshafen bleibt grün“ Umsetzungsbeschluss des BürgerInnenentscheids vom 27. Mai 2018

06/1528 Herr Leithold erklärt, dass aufgrund der Stellungnahme des Stadtbauamtes die Beschlussvorlage bis zur Bürgerschaftssitzung überarbeitet wird. Inhaltlich (nur Bebauung mit einer öffentlichen WC-Anlage) wird sich nichts ändern.

Frau von Busse gibt zu bedenken, dass es keine „Ewigkeitsgarantie“ geben wird, denn jede nachfolgende Bürgerschaft kann diesen Beschluss wieder aufheben bzw. ändern. Das höchste Recht der Stadt ist das Eigentum an dieser Wiese, denn alles, was dort passiert, passieren soll, muss durch die Bürgerschaft genehmigt werden. Es stellt sich letztlich die Frage, ob dieser Aufwand dann betrieben werden muss.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.11. Erhöhung der finanziellen Unterstützung für das Frauenhaus ab 2019

06/1529 Die SPD-Fraktion plädiert für eine Erhöhung des finanziellen Zuschusses zum Frauenhaus Greifswald von derzeit 25.000 EUR um 23.000 EUR auf 48.000 EUR. Mit dieser Erhöhung soll eine Anpassung der Gehälter der Beschäftigten an den Tariflohn erzielt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass durch den Landkreis eine prozentual gleichhohe Steigerung der Zuschüsse erfolgt.

Im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen soll die Erhöhung des städtischen Zuschusses ab 01.01.2019 festgesetzt werden; ab 2020 soll eine jährliche Dynamisierung des Zuschusses in Höhe von 2,3 % hinzukommen.

Herr Mundt empfiehlt eine Zurückstellung der Vorlage bis zur Haushaltsdiskussion.

Frau Görs erwartet zur Beurteilung einen Wirtschaftsplan.

Ergänzend erwartet Herr Maas Erläuterungen zur jährlichen Dynamisierung (worauf bezieht sie sich, auf den gesamten Zuschuss oder nur auf die Erhöhung).

Herr Bleckmann spricht sich gegen einen Automatismus aus, weil man dann nicht mehr über eine Angemessenheit entscheiden kann und der Handlungsspielraum eingeengt wird.

Nach Diskussion schlägt Herr Dr. Fassbinder vor, bis zur Bürgerschaftssitzung den Wirtschaftsplan vorzulegen.

Auf die Nachfrage von Herrn Noack an Herrn Maas ob die Beschlussfassung ein Vorgriff

auf den Haushalt darstellt, erklärt Herr Maas, dass man jetzt im laufenden Haushalt außerplanmäßig den Ansatz mit einer Gegenfinanzierung erhöhen und für 2019/2020 im Rahmen der Haushaltsberatung die Mittel einpreisen könnte. Herr Dr. Fassbinder ergänzt, dass durch Festlegungen von Maßnahmen durch Beschluss der Haushalt schon vor der Haushaltsdebatte eingeeengt und somit auf Gestaltungsfreiraum verzichtet wird.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
2 Stimmenthaltungen

TOP 6.12. Verbilligungsrichtlinie

06/1530 Die Stellungnahmen des Ministeriums zum Entwurf der Verbilligungsrichtlinie wurden eingearbeitet. Herr Dr. Kerath kritisiert die Verwaltung, dass die in ihrer Stellungnahme zitierten Hinweise des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Bauwesen dem Einbringer der Vorlage nicht zur Kenntnis gegeben wurden. Die Frage des Umgangs miteinander wird an dieser Stelle hinterfragt.

Auch Frau von Busse stellt sich die Frage des Umgangs, denn alle Hinweise des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung, über die mehrfach in den Ausschüssen debattiert wurde (Hinweise gibt es nur mündlich, nicht schriftlich), wurden negiert. Herr Kremer ergänzt, dass alle Informationen vom Ministerium in der Informationsvorlage 06/1465 aufgelistet wurden. Eine diesbezügliche E-Mail von Frau Görke wird auf Wunsch an Herrn Dr. Kerath weitergeleitet.

Die Umsetzbarkeit der Richtlinie wird von Frau von Busse auch aufgrund des sehr hohen finanziellen Aufwandes und des Personalbedarfes angezweifelt. Herr Jaap informiert, dass seine Fraktion der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen wird (es fehlt der Anreiz).

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.13. Neufassung der Satzung zur Förderung des Sports in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1520 Herr Dr. Kerath wirft die Frage auf, ob im § 6.1 Abs. 1 die Gebühren bzw. Zinserstattungen nur den kommunalen Sportstätten zugutekommen. Er möchte wissen, ob diese Regelung auch für nicht kommunale Sportstätten Anwendung findet.

Herr Dr. Fassbinder bittet um diesbezügliche Zusendung eines Änderungsantrages.

Herr Kolbe schlägt vor, das Votum des Sportausschusses abzuwarten. In der zu beschließenden Hafengebührensatzung gibt es Ausnahmetatbestände, die

möglicherweise in der Sportfördersatzung zu berücksichtigen sind (Ausschluss von Doppelförderungen).

Die Frage, ob segelnde Studenten in der neuen Satzung Berücksichtigung finden sollen, muss geklärt werden.

Frau Görs bittet darum, die Beschlussvorlage als erste Lesung zu betrachten und eine Beschlussfassung in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Frau Hoffmann tritt der Sitzung bei (war zuvor im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend) und erklärt auf Nachfrage von Herrn Dr. Fassbinder, dass eine Doppelförderung ausgeschlossen ist, weil der Museumshafen keinen Anspruch hat. Er ist kein Sportverein im Sinne der Sportorganisation, wie sie in der Sportfördersatzung definiert ist.

Des Weiteren informiert sie über die dortige Zurückstellung der Vorlage in den nächsten Gremienlauf. Sie wurde als 1. Lesung betrachtet.

Herr Kolbe bittet Frau Hoffmann, der Beschlussvorlage eine Begründung der Veränderung beizufügen.

TOP 6.14. Hafengebührensatzung 2019/ 2020/ 2021 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1522 Herr Evers macht darauf aufmerksam, dass in der Kalkulation Kosten aufgeführt wurden, die es seines Erachtens nicht gibt (Eigenkapital kann man nicht abschreiben). Herr Wixforth erklärt, dass sich hinter dem verwendeten Begriff „Eigenkapital“ keineswegs tatsächlich Eigenkapital verbirgt; es ist einfach ein frei gewählter Begriff, der für Wirtschaftsgüter, die nicht mit Fördermitteln angeschafft wurden, steht. Herr Evers kritisiert den nicht geläufigen Gebrauch von gängigen Abkürzungen. Er erwartet von der Verwaltung die Verwendung von Begrifflichkeiten der Doppik in Beschlussvorlagen. Die sich daraus ergebende Diskussion wird von Herrn Wixforth als „beckmesserisch“ bezeichnet. Bis zur nächsten Ausschusssitzung wünscht Herr Evers das entsprechende Anlagenverzeichnis zu den Wirtschaftsgütern mit den Abschreibungssätzen.

Zu der Vorlage übergibt Herr Dr. Kerath Frau von Busse eine Vielzahl von Fragen, deren Beantwortung die SPD-Fraktion zu der morgigen Bauausschusssitzung erwartet.

Herr Mundt stellt den Änderungsantrag, die Hafengebühren für den Industriehafen Ladebow auf die Sätze des Hafens Vierow festzulegen. Begründung: Zur Entwicklung des Hafens soll die Stadt eine Gebührenstruktur haben, die eine Wettbewerbsfähigkeit mit den umliegenden Häfen gewährleistet (Kostendeckung, Erhöhung der Umschlagzahlen).

Der Änderungsantrag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
10 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

Über die Beschlussvorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
9 Stimmenthaltungen

TOP 6.15 Durchführung von Personalmaßnahmen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019/2020

06/1538 Herr Evers ist nach wie vor der Meinung, dass die Stellen zur Abarbeitung der zeitnahen Jahresabschlüsse nicht ausreichend sind. Die Begründung zur Entfristung des SB Anlagenbuchhaltung ist seines Erachtens nicht nachvollziehbar (Konzern- bzw. Gesamtabschluss).

Herr Dr. Fassbinder teilt den Unmut, findet aber die derzeitige Abarbeitungsfolge (Aufholung der Jahresabschlüsse/ein Jahresabschluss in drei Monaten) akzeptabel. Herr Maas ergänzt, dass die enorme Zeitverzögerung u. a. der fehlerhaften Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 und deren Berichtigung geschuldet ist.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.16 Kreisumlage

06/1548 Herr Dr. Kerath führt in die Vorlage ein. Ziel ist es, durch Senkung des Kreisumlagesatzes den Haushalt der UHGW zu entlasten.

Herr Dr. Fassbinder gibt den Hinweis, den Punkt 2 des Beschlussvorschlages zu überarbeiten (Syntaxfehler), Frau Socher bittet, den Punkt 3 zu überdenken.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 7. Information der Verwaltung

Herr Maas

Der Jahresabschluss 2014 wurde zahlenmäßig geschlossen. Es erfolgen jetzt noch Restarbeiten am Anhang.

Des Weiteren ist angestrebt, die Haushaltsplanung 2019/2020 im nächsten Gremienlauf vorzustellen.

Frau Teetz

Zu der im vergangenen Jahr erlassenen neuen Eigenbetriebsverordnung ist jetzt erst die Verwaltungsvorschrift mit den entsprechenden Formularen für die Wirtschaftsplanung herausgegeben worden. Die Hinweise wurden an alle Eigenbetriebe und kommunale Unternehmen für die Planung übermittelt.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 8. Sitzungsende

Die Sitzung wird um 20:25 Uhr beendet

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll